

Vision oder Albtraum? - Göttinger Politiker im Erschließungswahn

Auf einer Bürgerversammlung auf dem Leineberg am 2.5.2011 offenbarte Oberbürgermeister Meyer (SPD) den geplagten ZuhörerInnen seinen Lebenstraum von einem gemeindeübergreifenden Logistik- und Gewerbegebiet zwischen Göttingen und Rosdorf. Das geplante Güterverkehrszentrum (GVZ) III am Siekanger ist mit seinen ca. 35 Hektar ein weiterer Schritt, diesen Traum zur tristen Realität werden zu lassen. Wann schenkt dem Mann endlich jemand eine elektrische Eisenbahn, damit er sich im Keller austoben kann statt auf unser aller Kosten?

Mit dem Siekanger ist es jedoch nicht getan: Zwischen Holtensen und Lenglern sind knapp 60 Hektar Fläche zur Erschließung vorgesehen. Damit auch dieses gemeindeübergreifende Gewerbegebiet realisiert werden kann, muss die geplante Höchstspannungsleitung nach Hessen unterirdisch verlaufen, weil der Mindestabstand einer Freileitung von 400 Metern zu Siedlungen unterschritten würde. Was als lobenswerte Maßnahme für die Lebensqualität der AnwohnerInnen erscheint, ist in Wahrheit auch der reibungslosen Vermarktung zukünftiger Gewerbeflächen geschuldet, die derzeit noch Ackerland sind.

Während das Erscheinungsbild des Gewerbegebiets Holtensen – Lenglern so trostlos ausfallen dürfte wie üblich, wird das GVZ III, besonders vom grünen Koalitionspartner der SPD, fast schon als ökologische Wohltat („Güter auf die Schiene“) angepriesen. Es soll nämlich „im Prinzip“ über eine Bahnanbindung verfügen. Pech nur, dass es bis heute seitens der Deutschen Bahn keine wie auch immer geartete Stellungnahme dazu gibt, geschweige denn eine Absichtserklärung, sich an den ca. vier Millionen Euro Baukosten zu beteiligen oder sie gar zu übernehmen. Gebaut werden soll das GVZ III natürlich trotzdem.

Als Legitimation für ihre abstrusen Phantasien führen die Göttinger Verwaltungsbürokraten und Vermarktungsstrategen neuerdings auch den - in Konkurrenz zu Hamburg und Rotterdam entstehenden - Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven ins Feld. Dort sollen nach der Fertigstellung Millionen Container auf ihrem Transport nach Süden angeblich nur darauf warten, in und um Göttingen zwischengelagert zu werden. Diese „Vision“ (darunter geht es heute nicht mehr) verrät jedoch eine erschreckende Unkenntnis, wie Container heutzutage an ihre Adressaten gelangen, nämlich möglichst schnell und auf direktem Weg. Zudem werden am Jade-Weser-Port bis dato ganze 20 von bis zu 600 Hektar Nutzfläche von einer einzigen Firma (Maersk) zur Anmietung in Betracht gezogen, und auch dies nur nach erheblichem Druck seitens des niedersächsischen FDP-Wirtschaftsministeriums. Möglicherweise schaufelt man sich an der Küste nicht nur ein Millionen-, sondern Milliardengrab und die Vision wird endgültig zum fiskalischen Albtraum - mit Auswirkungen bis ins tiefe Binnenland. Dort träumt man derweil unverdrossen vom aufstrebenden Logistikstandort Göttingen.

Das GVZ III wird jedoch - zumal wenn die hochgesteckten Logistikträume platzen - nichts anderes als ein im wahrsten Sinne stinknormales Industrie- und Gewerbegebiet sein und sich damit für die Stadt als Millionengrab erweisen: Bei einer erwartbaren Nutzungsänderung müssten EU-Fördermittel in Höhe von 3,2 Millionen Euro zurückgezahlt werden. Und sollte - was aufgrund der Konkurrenz mit Hessen und Thüringen sehr wahrscheinlich ist - beim Verkauf der Parzellen ein Preis von weniger als den geplanten 35 Euro/m² erzielt werden, droht der ohnehin schon fast zahlungsunfähigen Stadt ein finanzielles Desaster. Vor diesem Szenario hat sich sogar die CDU, die sich sonst für jedes Erschließungsvorhaben begeistert, gegen das rot-gelb-grüne GVZ III ausgesprochen.

Überdies belegt das Beispiel des zur Hälfte leer stehenden Bovender Gewerbegebiets („Area 3“) anschaulich, dass dorthin allenfalls bereits ortsansässige Firmen umziehen. Ein nennenswerter Zugewinn für die Gemeinde ist bei diesem Nullsummenspiel nicht zu erwarten. Ähnlich dürfte es der Stadt mit dem GVZ III ergehen.

Während am Göttinger Stadtrand auf Hunderten Hektar weiter nach Kräften versiegelt und erschlossen wird, stehen anderswo etliche Areale aufgegebenen Gewerbe- und Industrieansiedlungen (Glunz, Herkules, ehem. EAM usw.) leer. Leerstand gibt es auch in bereits erschlossenen Gebieten wie der Siekhöhe (z.B. Göttinger Gruppe). Dies zeigt nicht nur das Fehlen eines Konzepts zur sinnvollen Flächenbewirtschaftung, sondern vor allem, wie rücksichts- und bedenkenlos mit einem lebenswichtigen Gut umgegangen wird, das in unserem dicht besiedelten Land immer knapper wird. Ebenso knapp wie die öffentlichen Mittel, die für gesellschaftlich wirklich wichtige Aufgaben und soziale Leistungen erforderlich wären und die die Protagonisten der Versiegelungspolitik im Rahmen eines „Zukunftsvertrages“ mit dem Land Niedersachsen kahlschlagmäßig kürzen wollen.

Eine Politik, die im Galopp fruchtbares Ackerland zubetonieren lässt, die Naherholungsräume der Bürgerinnen und Bürger zerstört und beeinträchtigt und den Lebensraum wildlebender Tier- und Pflanzenarten unter Asphalt begräbt, ist lebens- und zukunftsfeindlich. Unter den Göttinger Bürgerinnen und Bürgern ist sie nicht mehrheitsfähig. Dies hat im vergangenen Jahr die Bürgerabstimmung über die Südspange mit einer Ablehnung dieses unsinnigen und landschaftsvernichtenden Straßenbauprojekts durch eine Mehrheit von über 60 Prozent der Abstimmenden eindrücklich belegt.

Gleichwohl werden jetzt im Kreistag aus den Reihen von CDU, SPD und FDP Stimmen laut, der verstaubten, aber immer noch im Regionalen Raumordnungsplan von Stadt und Landkreis niedergelegten Planung der ursprünglichen Südumgehung zwischen Steinmetzkurve und Rosdorfer Ostumgehung neues Leben einzuhauchen. Als Begründung dienen, neben dem Ausbau der überflüssigen Autobahnabfahrt Mengershausen, unter anderem ebenjene Erschließungsobjekte im Westen des Stadtgebiets, die ohne Umweg angefahren werden sollen. Auch für die Asphaltfraktionen der Göttinger Ratspolitik kann prognostiziert werden, dass in dem Maß, in dem das Stadtgebiet weiter zubetoniert wird, die Südspange wieder ins Spiel gebracht werden wird – schließlich hätten sich ja, so wird man argumentieren, die Bedingungen völlig verändert, so dass sich die Frage eines Straßenneubaus im Süden heute „ganz anders“ stellt als vor einem Jahr. Bei vielen, die sich in der Vergangenheit für den Erhalt des Göttinger Südens eingesetzt haben, klingeln deshalb nicht grundlos die Alarmglocken.

Die BI Göttinger Süden lehnt die geplanten Erschließungsmaßnahmen, insbesondere das GVZ III, ab und unterstützt die BI LeineBürger in ihrem Widerstand dagegen. Wir fordern bei der kommenden Kommunalwahl dazu auf, all denen, die sich dem grassierenden menschen- und naturfeindlichen Erschließungswahn verschrieben haben, eine klare Absage zu erteilen! Und schenkt Meyer endlich seine Spielzeugeisenbahn – zu unser aller Wohl!

BI Göttinger Süden – www.bi-goettinger-sueden.de – bi.goettinger.sueden@gmx.de